

Fraueninteressen in Entwicklungstheorie und -politik

Von Women in Development zu Mainstreaming Gender

Marianne Braig

Anfang der 70er Jahre wies Ester Boserup darauf hin, daß in der Entwicklungstheorie die Rolle der Frau in der Produktion bislang unterschätzt worden sei, und eröffnete damit die Debatte zu diesem Thema. Zugleich nahm sich die Entwicklungspolitik des Themas an: 1975 fand die erste Weltfrauenkonferenz statt, die nächsten zehn Jahre wurden zur internationalen Frauendekade erklärt. Mitte der 80er Jahre rückte der „empowerment approach“ in den Vordergrund, in den 90er Jahren kam der Gender-Ansatz, der bis heute die entwicklungspolitische Diskussion zur Geschlechterfrage prägt.

Wer sich mit Frauen- oder Genderfragen in der Entwicklungstheorie und -praxis befaßt, stößt auf ein bemerkenswertes Phänomen. Auf der einen Seite findet seit geraumer Zeit eine Neubestimmung auf Entwicklungstheorien bzw. eine Suche nach neuen Ansätzen statt, die im wesentlichen ohne Bezug auf Theoriediskussionen der Frauen- und Geschlechterforschung auskommen. Auf der anderen Seite gilt Entwicklungspolitik als eines der wenigen Politikfelder im Bereich der internationalen Beziehungen, in welchen Frauen- oder Geschlechterfragen theorie- und politikrelevant geworden sind. Handelt es sich einfach nur um ein Modethema mehr, das in bestimmten Momenten in aller Munde ist, dessen Versinken in die Bedeutungslosigkeit aber getrost abgewartet werden kann? Oder stellt die Auseinandersetzung mit Fragen der Geschlechterdifferenz im Kontext von Entwicklungsprozessen und internationalen Beziehungen einen Erkenntnisgewinn für die Ausarbeitung neuer Ansätze von Entwicklungstheorien und -politiken dar?

Von der neuen Frauenbewegung zu transnationalen Akteurinnen

Als im Jahre 1969, am Ende der ersten Entwicklungsdekade, der von der Weltbank in Auftrag gegebene Bericht der „Kommission für Internationale Entwicklung“ unter Leitung des ehemaligen kanadischen Außenministers Lester Pearson die damaligen Entwicklungsstrategien einer kritischen Prüfung unterzog, war von frauenspezifischen Problemen noch keine Rede. Das Buch von Ester Boserup *„Women’s Role in Economic Development“* erschien jedoch ein Jahr später in einem für die Rezeption positiven Kontext. Viele Entwicklungsexperten mußten angesichts der nüchternen Bilanz des Pearson-Berichts – aber auch aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen – den bis dahin vorherrschenden Optimismus, daß wirtschaftliches Wachstum automatisch Entwicklung bedeute, hinterfragen. Endogene Entwicklungshemmnisse, wie ungleiche Land- und Einkommensverteilung, Klientelismus und Korruption (um nur einige zu nennen) waren durchaus bekannt, wurden jedoch noch kaum im Zusammenhang mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen gesehen. Boserups (1970) weltweiter Überblick über die Benachteiligungen von Frauen, die durch entwicklungspolitische Projekte und Modernisierungsprogramme oftmals verfestigt bzw. neu geschaffen wurden, stärkte zusammen mit der Diskussion um Bevölkerungswachstum, das zunehmend als Bedrohung wahrgenommen wurde, die Bereitschaft zum Überdenken der entwicklungspolitischen Praxis unter Frauenaspekten. Dabei erschien gerade das Ausblenden bzw. Übersehen der produktiven Rolle von Frauen als ein Schlüssel für das Verständnis des Scheiterns von Entwicklungsprozessen. Hatte doch die klassische Modernisierungstheorie mit ihrer Dichotomisierung von Privat und Öffentlich bzw. Moderne und Tradition den öffentlichen Raum als einen von Männern gestalteten konstruiert (Scott 1995).

Die Entwicklungstheorien (Modernisierungs- wie Dependenztheorie) ebenso wie die Entwicklungspolitik hatten den Erfolg ihrer Anstrengungen daran zu messen gesucht, wieweit die Herausbildung einer modernen Industriegesellschaft und die Etablierung familienbezogener sozialer Sicherungssysteme nach den jeweiligen Vorbildern erreicht und damit Armut und Unwissenheit überwunden würden. Theorie wie Politik sahen sich nun mit dem Scheitern dieser Zielsetzung konfrontiert. Das hatte seine Ursache nicht selten in der Blindheit gegenüber der praktizierten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, gegenüber anderen als

kleinfamiliären Verwandtschafts- und Familienstrukturen, gegenüber der Existenz vielfältiger Austauschprozesse, in welchen ein Großteil sozialer Güter und Dienstleistungen in jeweils spezifischen Geschlechterbeziehungen erstellt wurde. Diese sind nicht am Erwerbseinkommen und an monetären Umverteilungssystemen orientiert, sondern am Zugang zu Land, an Vermögen, Nachkommen, dörflicher und nachbarschaftlicher Solidarität bzw. Hierarchie und gruppenspezifischer Loyalität. Sie sind eingebunden in Reziprozitätsbeziehungen, welche die wechselseitigen Verpflichtungen und wechselseitigen Anrechte – meist restriktiv geschlechtsspezifisch – regeln (vgl. Lachenmann 1997a: 395-415).

Neben den Fehlern in der Praxis (etwa der Mittelzuweisung durch entwicklungspolitische Projekte an Männer, die in afrikanischen Agrarsystemen gar keine landwirtschaftlichen Tätigkeiten ausübten, mit der Folge einer Veränderung der Geschlechterverhältnisse zuungunsten der Frauen) waren es aber auch die ökonomischen Erfolge einiger Schwellenländer, die zu einem Überdenken des Zusammenhangs von Geschlechterbeziehungen und Entwicklung Anlaß boten. Dies drückte sich aus in der Diskussion um Frauenlohnarbeit in den exportorientierten Industrien Südostasiens und Lateinamerikas, oder in dem mit der Tertiarisierung verbundenen Anstieg weiblicher qualifizierter Erwerbstätigkeiten (vgl. Rott 1992). Dabei zeigte sich, daß Frauen in die Entwicklungs- und Modernisierungsprozesse nicht nur als Verliererinnen eingebunden sind, sondern – wie auch Boserup herausstellte – von Veränderungen etwa in Bildungs- und Gesundheitsbereichen durchaus profitieren konnten. Dies wird besonders in den 90er Jahren erkennbar, in einer Zeit, in der diese Erfolge für Frauen durch neoliberale Strukturanpassungen wieder verloren gehen (UNDP 1995). Ohne die weltweit bis in die achtziger Jahre zu beobachtende Integration von Frauen und Mädchen in Modernisierungsprozesse im allgemeinen und Bildung und Ausbildung im besonderen wäre die Entstehung vielfältiger neuer sozialer Akteure kaum erklärbar.

Die zunehmende Einsicht in die Bedeutung der Rolle der Frauen für die Entwicklung und das Unvermögen der Entwicklungspolitik, dieser gerecht zu werden, fielen zu Beginn der 70er Jahre zusammen mit dem Wiederentstehen von Frauenbewegungen und einem sich deutlicher artikulierenden Feminismus in Westeuropa und den USA. Dabei wurden neue Perspektiven eröffnet, die neben der Einforderung gleicher Rechte (Bildung, rechtliche Emanzi-

pation, Wahlrecht u. a), wie sie schon die erste Frauenbewegung um 1900 formuliert hatte, nun tieferliegende psychische, soziale, sexuelle und kulturelle Wurzeln von Diskriminierung thematisierten.

Diese Fragen wurden auch von Frauengruppen der städtischen Mittel- und Oberschichten in anderen Weltregionen diskutiert. Auffallend für Entwicklungsgesellschaften ist jedoch, daß dort häufig soziale oder politische Probleme den Anlaß zum Entstehen von Gruppen boten, die dann wesentlich von Frauen getragen und durch deren Lebenswelten geprägt waren. Dies waren etwa Probleme wie Zugang zu Land und Wohnraum, Wasser- und Abwasserversorgung, in Lateinamerika der Kampf gegen die diktatorischen Regime und die Verteidigung der Menschenrechte. Diese unterschiedlichen sozial, ethnisch und kulturell geprägten Frauengruppen, -bewegungen oder auch nur -initiativen fanden in den siebziger Jahren in wachsendem Maße einen internationalen Resonanzboden für ihre durchaus konfliktiven Auseinandersetzungen.

Das UNO-Frauenjahr 1975 und die daran anschließende Frauendekade (1976-1985) können als grundlegend für die sich neu artikulierenden transnationalen Bewegungen angesehen werden (Newland 1991: 122-132), wurden nun doch immer mehr Regierungen veranlaßt, diese Bewegungen in irgendeiner Form anzuerkennen. Dabei kam der Einbeziehung der Frauenbewegung unter den UNO-Schutzschirm eine wichtige Bedeutung zu. Die transnationalen Bewegungen als eine lose Koalition von Akademikerinnen und Professionellen, die eher am Rande nationaler und internationaler Institutionen wirkten, aber auch von Frauengruppen in Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Stadtteilbewegungen etc. bekamen im UN-Kontext Einflußmöglichkeiten auf internationale Beziehungen und interstaatliche Regelungen. Dies wird vor allem in der Doppelstruktur der Weltfrauenkonferenzen und später auch bei anderen internationalen Konferenzen deutlich, wo neben dem Treffen der offiziellen Regierungsdelegationen freie Foren eingerichtet wurden.

Trotz der bestehenden politischen Konfliktlinien, die vor allem noch die ersten beiden Weltfrauenkonferenzen prägten, gelang es Vertreterinnen der transnationalen Bewegungen, Einfluß auf internationale Entwicklungsagenturen zu gewinnen. Ihre pragmatischen Konzepte, wie sie sich insbesondere in den WID-Ansätzen (*Women in Development*) niederschlugen, wurden durch diese A-

genturen unterstützt, mit dem Ergebnis einer Institutionalisierung der Frauenpolitik.

Schon 1973 richtete USAID ein WID-Büro ein, 1976 wurde im Rahmen der UNO INSTRAW gegründet (*International Research and Training Institute for the Advancement of Women*). Die Ford- und Rockefeller-Stiftungen, die im Bereich der internationalen Beziehungen aktiv sind, haben seit Ende der siebziger Jahre Frauenprogramme aufgebaut. Auch in Deutschland wurde 1977 im BMZ ein erstes sektorübergreifendes Konzept zur Frauenförderung erarbeitet; auf der Durchführungsebene kam es allerdings erst später zu wesentlichen Aktivitäten.

Transnationale Einmischungen der Frauen- und Geschlechterforschung

Der Einfluß feministischer Forschung auf entwicklungspolitische Strategien wird am deutlichsten bei der von Maxine Molyneux – im Kontext ihrer Auseinandersetzung mit der Frauenpolitik der sandinistischen Regierung in Nicaragua – entwickelten Differenzierung zwischen *women's interests* und *gender interest* (Molyneux 1985: 227-254). Die letzteren sind Interessen, die im Geschlechterverhältnis begründet sind, und die von Frauen, aber auch von Männern aufgrund ihrer sozialen Positionierung durch geschlechtsspezifische Zuschreibungen entwickelt werden. Sie lassen sich weiter unterteilen in *practical gender interests* und *strategic gender interests*. „Praktische Gender-Interessen werden induktiv ermittelt und stellen eine direkte Reaktion auf unmittelbar wahrgenommene Probleme und Interessen dar, die in gesellschaftlichen Konventionen, wie der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, und den darin den Frauen zugewiesenen Rollen gründen. Strategische Gender-Interessen werden dagegen deduktiv aus einer Analyse der Unterdrückung von Frauen entwickelt und zielen auf die Überwindung der „Geschlechterhierarchie“ (von Braunmühl 1997: 479). Beide Arten von Interessen entstehen aufgrund hierarchischer Geschlechterbeziehungen. Die Befriedigung der ersteren (z. B. bessere Gesundheitsversorgung für Frauen) verbessern die Lebensbedingungen der Frauen, sie stellen jedoch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nicht in Frage. Dagegen zielen die zweiten darauf, die Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern zu verändern (z. B. Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper).

In der entwicklungspolitischen Diskussion sind es insbesondere Caroline Mosers (1993) Unterscheidung von praktischen und strategischen Gender-Bedürfnissen (die an Molineux anknüpft), und der Hinweis auf die dreifache Rolle bzw. Belastung der Frau durch produktive, reproduktive und gemeindebezogene Aktivitäten (Moser, Peake 1987), die Eingang in die Entwicklungsplanung finden. Moser selbst unterscheidet deutlich zwischen Gender-Planung, die die Machtbeziehungen thematisiert, und genderbewusster Planung, die in erster Linie praktischen Probleme von Frauen Rechnung trägt und die bestehenden Planungsmethoden relativ unberührt läßt (von Braunmühl 1997: 475-490). Vor dem Hintergrund ihrer theoretischen und konzeptionellen Überlegungen unterscheidet Moser verschiedene Ansätze der Frauenförderung bzw. eine Entwicklung von *Women in Development* zu *Gender and Development*.

Von der Institutionalisierung der Frauenfrage ...

Schon bevor Frauenförderansätze in internationalen und nationalen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet wurden, um Frauen in die Entwicklung zu integrieren, waren Frauen von Entwicklungsprozessen betroffen. Nicht nur im sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Modernisierungsansatz (Wohlfahrtsansatz – *welfare approach*), der bis in die siebziger Jahre hinein dominierte, sondern auch schon in früheren Zeiten richteten sich z. B. sozialpolitische Praktiken der Kolonialverwaltung bzw. populistische Politiken postkolonialer Regierungen an Frauen als Mütter. Als solche wurden sie eine klar ausmachbare Zielgruppe von Hilfsmaßnahmen für Mütter und Kinder. Zugleich ist hervorzuheben, daß Frauen ihre Bildungschancen in den Modernisierungsprozessen der 60er und 70er Jahre in fast allen Ländern nutzen konnten, zumeist ohne direkt als Zielgruppe gefördert zu werden. Allerdings zeigen sich in der allmählichen Angleichung der Bildungsleistungen die Grenzen der liberalen Vorstellung der Gleichheit von Männern und Frauen. Die verschiedenen Arbeits- und Lebenswelten bleiben geschlechtsspezifisch strukturiert bzw. nutzen bestehende Geschlechterdifferenzen zur Legitimierung von sozialen Ungleichheiten.

Die Arbeiterinnenschutzpolitik der ILO, die schon vor der Institutionalisierung der Frauenförderung entstanden war, ist dort, wo sie den besonderen Schutz der Frauen als mögliche Mütter in den Vordergrund stellt (Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, Mutter-

schutz u. a.) ein Beleg für die Ambivalenz oder – wie Molyneux es ausdrücken würde – für die Grenzen praktischer Gender-Interessen. Dort, wo auf die Gleichheit von Bildung, Ausbildung und Entlohnung gedrängt wird, werden zugleich auch die Grenzen formaler Gleichheit deutlich. Durch diese ist auch der Gleichheitsansatz (*equity approach*) geprägt, der in den siebziger Jahren, vor allem im Kontext der ersten Weltfrauenkonferenz in Mexiko 1975, zu einer längst überfälligen Revision frauenspezifischer Benachteiligungen im Rahmen des modernen Rechts führte. Frauen werden hier der liberalen Tradition verpflichtet als Staatsbürgerinnen gesehen, denen der gleiche Zugang zu formellem Recht und der Ausschluß formaler Diskriminierung zugesichert wird.

Als Anfang der 70er Jahre der damalige Weltbankpräsident Robert McNamara das Scheitern der Entwicklungspolitik feststellte, die ILO die *working poor* im sogenannten informellen Sektor ausmachte und Ester Boserup die vielfältigen Aktivitäten von Frauen thematisierte, während zugleich eine bessere statistische Informationsbasis gefordert wurde, da trat die Forderung, die produktive Rolle der Frauen sichtbar zu machen und zu stärken, immer deutlicher hervor. Weibliche Armut wurde im Zuge der Grundbedürfnisstrategie als Anti-Armuts-Ansatz (*anti-poverty approach*) und damit nicht als Problem der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, sondern als eines der Unterentwicklung gesehen. Allerdings geraten beim *Sichtbarmachen* der produktiven Rolle von Frauen ihre anderen, nämlich die reproduktive und kommunale Rolle, ins Hintertreffen. Fördermaßnahmen bedeuten oftmals

Arbeitsmehrbelastung für arbeitende Frauen, insbesondere wenn die entscheidenden Probleme der Arbeitserleichterung oder gar Arbeitsumverteilung kaum in Angriff genommen werden (Lachemann 1992: 129).

Waren entwicklungspolitische Ansätze in den 70er Jahre noch mit dem Anspruch auf Umverteilung von Wachstumserfolgen verbunden, so gibt der seit den 80er Jahren dominante Effizienz-Ansatz (*efficiency approach*) diesen Anspruch und die Verknüpfung mit sozialen Rechten auf. Auch geht es bei dem in die neoliberalen wirtschaftspolitischen Strategien eingepaßten Ansatz nicht mehr um die Überwindung der Ungleichbehandlung der Frauen im Interesse der Frauen, sondern um die effizientere und effektivere Gestaltung von Entwicklung durch den ökonomischen Beitrag der Frauen. Im Kontext von Verschuldungskrisen und Strukturanpassungsprogrammen liegt die Emphase darauf, die sozialen Kosten

zu senken – insbesondere auch dadurch, daß die weibliche Arbeit durch das geschickte Ausbalancieren zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen besser ausgenutzt wird.

... zu mainstreaming gender

Im Gegensatz zu den klassischen WID-Ansätzen, die entweder direkt in den internationalen Agenturen entstanden oder indirekt westlichen Lebensmodellen entlehnt sind, kommt der Ermächtigungs-Ansatz (*empowerment approach*) von den Frauenbewegungen und -gruppierungen des Südens und artikuliert sich am Ende der Weltfrauendekade 1985 in der Gründung von internationalen Frauen-Netzwerken, insbesondere von DAWN (*Development Alternatives with Women in a New Era*).

Der Ansatz entsteht sowohl aus der Kritik an den bisherigen Entwicklungsansätzen als auch am westlichen Feminismus. Diesen wird in erster Linie die Homogenisierung der Frauen des Südens zu einem Konstrukt der „Dritte-Welt-Frau“ und eine damit verbundene Viktimisierung und Funktionalisierung vorgeworfen. Zugleich erinnert der neue Ansatz – ohne expliziten Rückgriff auf Dependenztheorien – aber auch an die Ursachen der Frauenunterdrückung, die sowohl im Patriarchat als auch in kolonialen und neokolonialen Abhängigkeiten verortet werden. Die theoretischen Überlegungen zur Beziehung zwischen Entwicklung und Macht und die Kritik an beliebten Vorstellungen, etwa der, daß Entwicklung allen zugute komme, oder der, daß Frauen in den Mainstream westlich orientierter Entwicklung integriert werden wollen, finden wenig Resonanz in den Institutionen, obwohl die Terminologie bereitwillig übernommen wird. Empowerment ist nicht allein Element eines postmodernen und postkolonialen Feminismus, sondern findet zur Stärkung des Selbstvertrauens Eingang in unterschiedliche Entwicklungsdiskurse.

Die Ansätze der 90er Jahre, die sich unter der Bezeichnung *mainstreaming gender* als die generelle Berücksichtigung der Geschlechterdifferenz zusammenfassen lassen, setzen sich ab von einzelnen Frauenprojekten und -komponenten auf der Projektebene und suchen ihr Spielfeld eher auf der Makro- bzw. Mesoebene. In Reaktion auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der „Strukturanpassung“ auf Arbeitsmärkte und auf die Herstellung und Verteilung sozialer Güter und Dienste fordern insbesondere Ökonominnen (vgl. GTZ 1997 und Kritik von Lachenmann 1997b)

die Beachtung der Geschlechterverhältnisse. Unter der Überschrift *gender and macroeconomic development* werden makroökonomische Prozesse auf geschlechtsspezifische Ausschlußmechanismen untersucht, um zum einen ein besseres Verständnis von ökonomischen Prozessen und zum anderen eine höhere Effizienz der Wirtschaftspolitik zu erreichen. Die Überwindung des männlichen Bias in den verschiedenen ökonomischen Theorien soll einmal durch die geschlechtsspezifische Disaggregation und zum anderen durch die Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen markt-orientierter und nicht marktorientierter Produktion von Gütern und Dienstleistungen im Rahmen der vorherrschenden Geschlechterordnung erreicht werden.

Der makropolitische Ansatz *democracy and gender* verdankt seine Legitimation den Demokratisierungsprozessen in verschiedenen Entwicklungsregionen und der Bedeutung unterschiedlicher Frauengruppen in diesen. Erste institutionelle Ansätze sind allerdings eng verbunden mit der Rückbesinnung auf Leistungen des Staates, wie in der Diskussion, die der Weltentwicklungsbericht 1997 der Weltbank unter dem Motto *bringing the state back in* angeregt und mit Ansätzen von *good governance* in Beziehung gesetzt hat. Ausgangspunkt ist dabei, daß sich durch Transformationsprozesse nicht nur die ökonomische Stellung der Frauen verändert, sondern auch ihre formale Beteiligung in Parlamenten und Rathäusern. Die mit Demokratisierung und Dezentralisierung entstehenden Regeln und Institutionen werden dabei oftmals den vielfältigen Formen der Einmischung von Frauen als zivilgesellschaftliche Akteure nicht gerecht.

Perspektiven von Geschlechterinteressen in internationalen Beziehungen

Neben der Entwicklungspolitik etablieren sich auch weitere Felder für frauenpolitische Interventionen in den internationalen Beziehungen und bei der Konstituierung internationaler Regime. Die Horizonterweiterung drückt sich deutlich aus in der Bezugnahme der internationalen Frauendiskussion auf den Menschenrechtsdiskurs, die zu Beginn der 90er Jahre die Vorbereitung auf die Weltmensenrechtskonferenz 1993 in Wien kennzeichnete. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Perzeption von und die Kritik an der Diskriminierung von Frauen, verändert sich damit doch sowohl das Selbstverständnis der Frauen wie die Wahrnehmung ih-

rer Unrechtserfahrungen durch andere. „Sie traten nun als Trägerinnen eines allgemeinen Rechtsanspruchs auf, als Rechtssubjekte, nicht mehr primär als Bittstellerinnen und Bedürftige“ (Wichterich 1998: 57). Damit gelingt es, das Unrecht an Frauen sichtbar zu machen und sie zugleich als politische und rechtliche Subjekte und Handelnde zu begreifen, die ihre Opferrolle zu überwinden suchen. Nachdem die Frauenfrage lange Zeit im internationalen Kontext als Problem der Entwicklung und nicht der Menschenrechte betrachtet wurde, bedeutet dies für die sozialen Menschenrechte den Wechsel von einem entwicklungspolitischen Grundbedürfnisansatz zu einem Grundrechtsansatz, *from basic needs to basic rights* und damit zu einer deutlichen Artikulation von Geschlechterinteressen, wie sie schon die Erste Internationale Frauenbewegung formuliert hatte.

Die frauenpolitischen Interventionen der 90er Jahre finden in einem sich verändernden politischen und theoretischen Kontext internationaler Beziehungen statt. In diesem werden nicht nur Entwicklung, sondern auch die klassischen Konzepte von Staat, Macht, Souveränität und Interdependenz neu diskutiert. Damit eröffnen sich Anschlußmöglichkeiten für feministische Theorien, die die Dichotomisierung von Öffentlichkeit und Privatheit in verschiedenen Kontexten analysieren (vgl. Grant, Newland 1991, Kreisky, Sauer 1997). Dabei kann an vielfältige empirische Erkenntnisse angeknüpft werden, die zunächst erarbeitet werden mußten, um die Marginalisierung von Frauen, aber auch ihre Fähigkeit zur Bildung weitverzweigter Netzwerke deutlich zu machen. Der frauenfokussierte Empirismus konnte weitgehend überwunden und mit einer induktiven Theoriebildung verknüpft werden. Darauf aufbauend kann eine kritische Analyse von klassischen Theorieansätzen die vielfältigen Interdependenzen und institutionellen Veränderungen einmal auf ihre Prägung durch die Geschlechterordnung und zum zweiten auf ihre geschlechtsspezifischen Konsequenzen hin hinterfragen und sich damit in die neuen Debatten über Entwicklung und internationale Beziehungen einmischen.

Literatur:

- Ester Boserup (1970): *Women's Role in Economic Development*. New York
Claudia von Braunmühl (1997): *Mainstreaming Gender oder von den Grenzen, dieses zu tun*, in: Eva Kreisky, Birgit Sauer (Hg.), 475-490
Rebecca Grant, Kathleen Newland (1991): *Gender in International Relations*.
Bloomington (In.)

- GTZ (1997): Gender and Macro-Policy. Gender in Macro-Economic and Legal Policy Advice in Technical Cooperation. Social Policy Working Paper. Eschborn
- Eva Kreisky, Birgit Sauer (Hg., 1997): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 28
- Gudrun Lachenmann (1997 a): Selbstorganisation sozialer Sicherheit von Frauen in Entwicklungsländern, in: Marianne Braig u.a.: Begegnungen und Einmischungen, Festschrift für Renate Rott. Stuttgart, S.395-415.
- Gudrun Lachenmann (1997 b): Frauen und Globalisierung. Aktuelle Entwicklungen und kritische Diskurse. Working paper Nr. 284. Bielefeld
- Maxine Molyneux (1985): Mobilization without Emancipation? Women's Interests, the State, and Revolution in Nicaragua, in: Feminist Studies 11 (2), 227-254
- Caroline Moser (1993): Gender Planning and Development. Theory, Practice and Training. London
- Caroline Moser, Linda Peake (Hg., 1987): Women, Human Settlements and Housing. London
- Kathleen Newland (1991): From Transnational Relationships to International Relations. Women in Development and the International Decade of Women, in: Rebecca Grant, Kathleen Newland (Hg): S. 122-132
- Renate Rott (Hg., 1992): Entwicklungsprozesse und Geschlechterverhältnisse. Über Arbeits- und Lebensräume von Frauen in Ländern der Dritten Welt. Saarbrücken, Fort Lauderdale
- Catherine V. Scott (1995): Gender and Development. Rethinking Modernization and Dependency Theory. London
- Gita Sen, Caren Grown (1987): Development, Crisis, and Alternative Visions. Third World Women's Perspectives. New York
- Christa Wichterich (1998): Frauenrechtspolitik im internationalen Menschenrechtsdiskurs, in: Widerspruch 35, Beiträge zur sozialistischen Politik, 18.Jg., Heft 35, S. 57-64
- UNDP (1995): Bericht über die menschliche Entwicklung. Bonn

Dr. Marianne Braig ist Hochschuldozentin an der Universität Frankfurt/M., FB Gesellschaftswissenschaften, Schwerpunkt internationale Beziehungen.